

CHINAS NEUE REVOLUTION
PERSPEKTIVEN DER GEGENWÄRTIGEN
MODERNISIERUNGSPOLITIK AUS DER SICHT
DES HISTORIKERS

Hubert Seiwert

In der westlichen Presse häuften sich Ende letzten und Anfang dieses Jahres (1979) Berichte über zahlreiche Geschäftsabschlüsse, von denen einige sich in Milliardenhöhe bewegten, westlicher Firmen mit der Volksrepublik China. Damit wurde auch in einer breiteren Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf tiefgreifende Veränderungen gelenkt, die sich in China seit einigen Jahren vollziehen und das lange Zeit durch die Kulturrevolution und ihre Folgen geprägte Bild grundlegend zu revidieren scheinen¹. Ihren vorläufig vielleicht spektakulärsten Ausdruck fanden diese Veränderungen in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der VR China mit den USA zum 1. Januar 1979 und der sich daran anschließenden Amerikareise Deng Xiaopings, des Mannes, der als der eigentliche Motor der neuen chinesischen Politik angesehen wird.

Ein neuer Stil in der chinesischen Außenpolitik zeigte sich nicht nur in der Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, sondern auch in versöhnlichen Tönen an die Adresse der nationalchinesischen Regierung auf Taiwan, mit denen eine friedliche Wiedervereinigung der beiden chinesischen Staaten propagiert wird². Gleichzeitig überraschten die Chinesen die Weltöffentlichkeit jedoch mit einer großangelegten militärischen Aktion gegen Vietnam im Februar dieses Jahres, wodurch dokumentiert wurde, daß China seine vitalen außenpolitischen Interessen nicht nur mit dem Mund zu vertreten beabsichtige.

Vielleicht noch größeres Interesse wurde jedoch den Vorgängen entgegengebracht, die sich im Innern der Volksrepublik abzuspielen scheinen. Die Anzeichen für eine gewisse innenpolitische "Liberalisierung" häuften sich seit Mitte 1978, man beobachtete einen vergrößerten Spielraum für Mei-

nungsäußerungen, verminderte ideologische Restriktionen im wissenschaftlichen Bereich und sogar eine gewisse Öffnung für westliche Lebensgewohnheiten³. Diese Entwicklungen weckten im Westen teilweise euphorische Hoffnungen auf weitergehende, grundsätzliche Wandlungen der chinesischen Innen- und Wirtschaftspolitik. Es schien eine Zeitlang, als müsse man in China prinzipiell alles für möglich halten. Als einziges ernstzunehmendes Problem wurde allenfalls die Finanzierung der geplanten Modernisierungen angesehen, wobei als Haupthindernis die noch bestehenden Hemmungen der Chinesen, sich im Ausland zu verschulden, hingestellt wurden.

Im März und April 1979 traten erste deutliche Anzeichen einer Ernüchterung auf. Parallel mit gewissen Einschränkungen der Kritikmöglichkeiten im Inneren ging die Zahl der spektakulären Geschäftsabschlüsse mit ausländischen Unternehmen zurück. Die Zukunft der Modernisierungspolitik erscheint ungewiß und wird zunehmend skeptisch eingeschätzt.

Natürlich wird es hier nicht möglich sein, Vorhersagen über die zukünftige Entwicklung zu machen. Ziel dieses Aufsatzes ist es, die Probleme und Möglichkeiten der gegenwärtigen Modernisierungspolitik aus dem unmittelbaren tagespolitischen Geschehen mit seinen unvermeidbaren Schwankungen zu lösen. Es soll stattdessen versucht werden, einige Strukturen herauszuarbeiten, die eine bessere und längerfristige Einschätzung der politischen und sozialen Rahmenbedingungen ermöglichen. Dazu werden zwei historische Beispiele für Reform- bzw. Modernisierungsbewegungen im kaiserlichen China herangezogen werden, an denen sich strukturelle Probleme, mit denen sich auch die heutige Modernisierungspolitik konfrontiert sieht, erläutern lassen. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Führungsschicht einerseits und auf sozialen und politischen Implikationen von Modernisierung andererseits liegen. Daran anschließend wird im letzten Abschnitt auf die politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen der gegenwärtigen Modernisierungskampagne eingegangen werden, um auf dieser Grundlage zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten einzuschätzen.

I. DIE GEGENWÄRTIGE MODERNISIERUNGSPOLITIK UND IHRE VORGESCHICHTE

Wenngleich die neue chinesische Politik, wie erwähnt, im Westen nicht zuletzt wegen eines veränderten außenpolitischen Stils und einer gewissen innenpolitischen Liberalisierung beachtet wurde, so bildet das Kernstück doch zweifellos die wirtschaftliche Modernisierung.

Der Beginn dieser neuen Wirtschaftspolitik läßt sich in das Jahr 1975 zurückverfolgen. Im Rahmen seines Rechenschaftsberichtes auf dem Vierten Nationalen Volkskongreß im Januar jenes Jahres formulierte der damalige Ministerpräsident Zhou Enlai als ehrgeiziges Ziel, "noch in diesem Jahrhundert die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren, damit die Volkswirtschaft unseres Landes in den vordersten Reihen der Welt stehen kann"⁴.

Wegen der vier Schwerpunkte: Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung sowie Wissenschaft und Technik wurde dieses Programm danach mit dem Kürzel "Vier Modernisierungen" bezeichnet. Die erste Phase dieses wirtschaftlichen Modernisierungsprojektes sollte im Rahmen des bis 1980 laufenden Fünfjahresplanes durchlaufen werden⁵.

Es zeigte sich nun bald, daß der Hauptverfechter dieser neuen Politik Deng Xiaoping war. Deng, der als ehemaliger Generalsekretär des Zentralkomitees das nach Staatspräsident Liu Shaoqi prominenteste Opfer der Kulturrevolution war und fast ein Jahrzehnt als Unperson galt, hatte auf eben diesem 4. Nationalen Volkskongreß ein kometenhaftes Comeback erlebt. Er hatte jetzt wieder eine Reihe wichtiger Schlüsselpositionen inne⁶ und entwickelte sich im Verlauf des Jahres 1975 - da sowohl Mao Zedong als auch Zhou Enlai sich aus gesundheitlichen Gründen vom tagespolitischen Geschäft zurückziehen mußten - zum eigentlichen Macher der chinesischen Politik.

Im Januar 1976 starb Zhou Enlai überraschend vor dem älteren Mao Zedong. Es wurde allgemein erwartet, daß Deng, der von Zhou ganz offensichtlich als Nachfolger aufgebaut worden war und schon einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten war, das Amt des Regierungschefs übernehmen werde. Aber es kam anders.

Anläßlich der nachgeholt Totenehrung für Zhou kam es Anfang April 1976 auf dem Tiananmen-Platz in Peking zu tumultartigen Kundgebungen, die nur mit Hilfe von Polizei und Militär aufgelöst werden konnten. Als Drahtzieher dieses "konterrevolutionären politischen Zwischenfalls", wie die offizielle Sprachregelung damals lautete⁷, wurde Deng Xiaoping bezeichnet, der zwei Tage später (7. April) seiner sämtlichen Ämter enthoben wurde. Deng war damit zum zweiten Mal im Lauf seiner Karriere vom höchsten Gipfel der Macht ins politische Nichts gestürzt. Zum Nachfolger Zhous wurde Hua Guofeng benannt, eine vorher nicht sonderlich exponierte Gestalt, die allgemein als Kompromißkandidat galt.

Es war nämlich damals auch im Westen bekannt, daß das Politbüro in zwei etwa gleich große Fraktionen gespalten war: die sog. Gemäßigten oder Pragmatiker, deren wichtigste Vertreter Deng Xiaoping und Zhou Enlai gewesen waren, und die sog. Radikalen, deren Hauptvertreterin die Ehefrau Maos, Jiang Qing, war. Nach dem Tod Zhou Enlais hatten nun

die Radikalen die erste sich bietende Gelegenheit genutzt, um dessen Protégé Deng Xiaoping politisch auszuschalten. Die pragmatische Fraktion, deren Sprecher Deng war, wurde damit empfindlich geschwächt. Dieser Erfolg der radikalen Fraktion, die die Unterstützung des dahinsiechenden Mao für sich reklamierte, deutete daraufhin, daß die Pragmatiker sich wieder einmal in der Defensive befanden⁸. Mit der danach einsetzenden landesweiten Kampagne zur Kritik an Deng Xiaoping trat dann auch das politische Ziel der "Gemäßigten", die wirtschaftliche Modernisierung, im öffentlichen Bewußtsein weitgehend in den Hintergrund.

Eine erneute Änderung der Machtkonstellation innerhalb des ZK trat nach dem Tod Maos am 7. September des gleichen Jahres ein. Bevor die radikale Fraktion einen der Ihren zum Nachfolger küren lassen konnte, schlug die "gemäßigte Fraktion" zu: Am 6. Oktober wurden Jiang Qing, Yao Wenyuan, Zhang Chunqiao und Wang Hongwen, allesamt Mitglieder des Politbüros und bald darauf als "Viererbande" etikettiert, zusammen mit einer Anzahl von Gesinnungsgenossen verhaftet und damit politisch ausgeschaltet. Die "gemäßigte" Fraktion hatte durch einen Handstreich die Macht gesichert, Hua Guofeng wurde zum Parteivorsitzenden⁹.

Die nachfolgende Entwicklung läßt sich kurz fassen: Nachdem die gemäßigte Fraktion die Oberhand gewonnen hatte, wurde im folgenden Jahr 1977 die Kampagne der "Vier Modernisierungen" wieder mit voller Unterstützung durch die Massenmedien weiter geführt. Im Juli wurde Deng Xiaoping zum zweiten Mal rehabilitiert, was jedoch diesmal keinen der Beobachter mehr überraschte. Seitdem gilt er als der Hauptexponent der neuen Politik, wengleich Hua Guofeng weiterhin sowohl Parteivorsitzender als auch Ministerpräsident ist.

Soweit zur Vorgeschichte der gegenwärtigen Modernisierungspolitik. Bevor im nächsten Abschnitt versucht wird, die Struktur dieser Ereignisse durch historische Vergleiche zu verdeutlichen, sollen folgende Punkte festgehalten werden:

- Als der eigentliche politische Urheber des Modernisierungsprogramms ist Zhou Enlai anzusehen.
- Die "Pragmatiker" um Zhou Enlai bildeten innerhalb der Parteiführung eine Fraktion, die zumindest während und in den ersten Jahren nach der Kulturrevolution in der Minderheit war.
- Die heutige Dominanz der Reformpolitik ist das Resultat eines virulenten innerparteilichen Machtkampfes, der mit der Ausschaltung der sog. radikalen Fraktion entschieden wurde.
- Der politische Wille von niederen Kadern oder gar der Bevölkerung hat auf den Ausgang der politischen Richtungskämpfe praktisch keinen Einfluß gehabt.

II. REFORMEN IM KLASSISCHEN CHINA

1. Begründung der Vergleichbarkeit

Die beiden Beispiele für Reformpolitik im kaiserlichen China, die ich zur Erläuterung vorstellen möchte, stammen aus der Song-Dynastie (960-1279) und der Qing-Dynastie (1644-1911). Es wird vielleicht erstaunen, daß es sich im ersten Fall um historische Ereignisse handelt, die im 11. Jh. liegen, also seit rund 900 Jahren der Vergangenheit angehören. Es bedarf deshalb zweifellos einer Rechtfertigung dafür, historische Vorgänge miteinander zu vergleichen, die anscheinend unter völlig unvergleichbaren politischen und sozialen Bedingungen sich ereigneten.

Die Unterschiede zwischen dem kaiserlichen China und der Volksrepublik China sind zu offensichtlich, als daß es notwendig wäre, sie hier detailliert zu beschreiben. Um nur zwei Bereiche zu nennen: Als Staatsform stehen sich erbliche Monarchie absoluter Prägung und Volksdemokratie gegenüber, als staatstragende Ideologie ein konservativer, nach rückwärts gewandter Konfuzianismus einem revolutionären, an der Zukunft orientierten Marxismus.

Trotz dieser und anderer grundsätzlicher Unterschiede lassen sich m. E. auch einige nicht zu übersehende Parallelen benennen, die eine Vergleichbarkeit rechtfertigen. Diese Gemeinsamkeiten betreffen u. a. den Prozeß der politischen Willensbildung, also einen Bereich, der für das Entstehen und die Durchführung bestimmter politischer Ziele von einiger Bedeutung ist.

Die Gemeinsamkeiten, die in diesem Bereich zwischen dem kaiserlichen und dem kommunistischen China bestehen, sind nach meiner Meinung nicht zu übersehen: In beiden Fällen ist der Prozeß der politischen Willensbildung¹⁰ beschränkt auf einen relativ kleinen Personenkreis, nämlich die Spitze der Beamten- bzw. Parteihierarchie. Niedere Kader und Bevölkerung haben auf diesen Prozeß so gut wie keinen Einfluß. Grundsätzliche politische Richtungsentscheidungen werden je nach Stärke der Stellung des jeweiligen Kaisers oder Parteiführers entweder letztinstanzlich von diesem selbst getroffen oder aber innerhalb eines sehr engen und überschaubaren Kreises von Spitzenfunktionären (Berater und Minister des Kaisers bzw. Politbüro des ZK). In beiden Fällen unterliegen die Entscheidungen dieser Instanzen praktisch keiner externen Kontrolle. Politische Richtungskämpfe äußern sich aufgrund dieser Entscheidungsstrukturen vor allem in Machtkämpfen zwischen Fraktionen innerhalb der oberen Ebenen der Beamten- bzw. Parteihierarchie. Ziel dieser Machtkämpfe ist letztlich der Zugang zu dem kleinen Kreis der Entscheidungsträger.

Ein wichtiges Charakteristikum dieser Beamten- bzw. Parteibükratien

besteht darin, daß sie über keine externen Legitimationen verfügen, d. h. die Macht eines bestimmten Amtsträgers liegt fast ausschließlich darin begründet, daß er Inhaber dieses Amtes ist, und nicht in bürokratie-externen Faktoren¹¹. Aufgrund dieser Tatsache nehmen Machtkämpfe innerhalb dieser Bürokratien die Form von Fraktions- bzw. Cliquenkämpfen an. Denn da politischer Einfluß an die Besetzung entscheidender Ämter gebunden ist, konzentriert sich der Kampf um Einfluß zwangsläufig darauf, möglichst viele und möglichst einflußreiche Ämter unter Kontrolle zu bringen. Wegen der physischen Grenzen, die einer Ämterhäufung durch eine Person gezogen sind, muß ein Politiker, der bestimmte Zielvorstellungen verwirklichen will, somit versuchen, andere wichtige Amtsträger für die eigene Linie zu gewinnen¹², bzw. Vertreter der eigenen Linie in wichtige Ämter zu befördern. Die Folge sind mehr oder weniger ausgeprägte Gruppen- oder Fraktionsbildungen innerhalb der Bürokratie.

Noch ein weiterer Punkt ist zu berücksichtigen: Sobald die Unterschiede in der politischen Zielsetzung verschiedener Fraktionen grundsätzlicher Art sind, kann eine Fraktion, sofern sie über genügend Anhänger im Apparat verfügt, die Durchführung der Politik der Gegenfraktion sabotieren, selbst wenn diese Gegenfraktion in den obersten Entscheidungsinstanzen dominiert¹³. Aus diesem Umstand erklären sich die sowohl im kaiserlichen wie auch im kommunistischen China gelegentlich zu beobachtenden "Säuberungen", d. h. die politische Ausschaltung der Gegenfraktion, indem ihre Vertreter einflußreicher Posten enthoben werden. Die Kehrseite davon ist die Besetzung dieser Positionen mit Sympathisanten der eigenen Fraktion, um so die Durchführung der jeweiligen Politik sicherzustellen.

Es wäre allerdings einseitig, wollte man unterstellen, daß Fraktions- und Cliquenseinandersetzungen innerhalb dieser Bürokratien ausschließlich die Folge von schwerwiegenden Differenzen über Ziele oder Mittel der Politik seien. Natürlich stellen derartige, oft stark ideologisch geprägte politische Richtungskämpfe einen wichtigen Typus dar; daneben sind jedoch auch Cliquenbildungen und -auseinandersetzungen in Betracht zu ziehen, bei denen weit profanere Interessen im Hintergrund stehen, nämlich das Streben nach Macht, Einfluß und nicht zuletzt materiellen Vorteilen. Beide Formen - politische Richtungskämpfe aus Überzeugung und Machtkämpfe aus persönlichen Gründen - markieren gewissermaßen die beiden Extrempunkte eines weiten Spektrums von Motiven, es sind Idealtypen, die in der historischen Realität nur mehr oder weniger stark angenähert werden. Es ist deshalb im konkreten Einzelfall nicht immer möglich, eindeutig festzustellen, ob ideologische oder persönliche Motive überwiegen.

Das Auftreten von Fraktionsauseinandersetzungen und die Art ihrer Ausprägung stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den oben angedeuteten Besonderheiten der Herrschaftsstruktur, nämlich der Dominanz einer

stark zentralisierten Bürokratie ohne institutionalisierte externe Kontrolle als alleinigem Ort der politischen Willensbildung¹⁴. Diese Ähnlichkeiten der Herrschaftsstruktur rechtfertigen es, bei der Beurteilung bestimmter politischer Erscheinungen im heutigen China historische Parallelen aus dem alten China mit zu berücksichtigen¹⁵.

2. Die Reformpolitik Wang Anshis

Bei dem ersten historischen Beispiel, das ich vorstellen möchte, der Reformpolitik Wang Anshis im 11. Jh., handelt es sich um eine Episode der chinesischen Geschichte, mit der sich die Geschichtsbetrachtung der nachfolgenden Jahrhunderte bis heute ausgiebig beschäftigt hat¹⁶. Man kann deshalb davon ausgehen, daß jeder gebildete Chinese, und damit auch die heutige chinesische Führung, den Ablauf und das Schicksal dieser Reformen kennt.

Der äußere historische Ablauf ist schnell beschrieben: Im Jahre 1069 berief Kaiser Shen Zong, der ein Jahr zuvor den Thron bestiegen hatte, Wang Anshi an den Hof und setzte ihn in entscheidende Positionen ein, Wang war zu dieser Zeit schon eine bekannte Persönlichkeit, die durch Gelehrsamkeit und politische Reformvorschläge hervorgetreten war. Mit der vollen Unterstützung des Kaisers konnte er in den Jahren von 1069 bis 1074 zahlreiche seiner Reformideen verwirklichen, und zwar gegen den Widerstand von starken konservativen Kreisen innerhalb der Beamenschaft. Die konservative Fraktion, die sich gegen die Reformpolitik stellte, wurde nach und nach aus den entscheidenden Ämtern verdrängt und damit politisch ausgeschaltet.

Aufgrund von Intrigen innerhalb seiner eigenen Fraktion trat Wang im Jahre 1074 vom Amt des Kanzlers zurück. Zwar wurde er im folgenden Jahr wieder in das höchste Staatsamt eingesetzt, resignierte jedoch kurz darauf endgültig. Seine Reformpolitik wurde, wenn auch abgeschwächt, bis zum Tod des Kaisers Shen Zong im Jahre 1085 fortgesetzt. Wang, der ein Jahr später starb, erlebte noch den Triumph seiner politischen Gegner, die unter der Herrschaft der Kaiserin-Witwe Xuan Ren (1085-1093) sämtliche Reformen rückgängig machten¹⁷. Es fand eine Abrechnung mit den Angehörigen der Reformfraktion statt, die ihrer Ämter enthoben und teilweise verfolgt wurden. Die Schriften Wang Anshis wurden verboten, obwohl seine Leistungen als Gelehrter außer Frage standen.

Das politische Blatt wendete sich erneut, als nach dem Tode der Kaiserin-Witwe Kaiser Zhe Zong selbst die Regierung übernahm (1093). Der junge Kaiser griff die Politik seines Vaters wieder auf und verhalf den Reformpolitikern wieder zur Macht. Diese rechneten nun ihrerseits mit der konservativen Fraktion ab und nahmen für die Verfolgungen unter der Gegen-

reform Rache. Zu diesem Zeitpunkt war der ursprünglich relativ gemäßigt ausgetragene politische Richtungskampf zu einer Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Fraktionen geworden, bei der persönliche Macht- und Bereicherungsinteressen mehr und mehr entscheidend wurden, Mißwirtschaft und Korruption prägten das Bild dieser zweiten Reformphase und beeinflussten damit auch wesentlich die spätere negative historische Beurteilung der Reformpolitik Wang Anshis. Die "Reformfraktion" blieb auch noch unter dem folgenden Kaiser an der Macht, bis es schließlich 1125 zum endgültigen Sieg der Reformgegner kam.

Es kann hier nicht auf die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Ereignisse eingegangen werden¹⁸. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß sowohl die sozialen und ökonomischen Strukturen als auch der institutionelle Rahmen in China seit der Song-Dynastie als "modern" bezeichnet werden können. Das bedeutet, diese Rahmenbedingungen bestanden im wesentlichen bis zum Ende des chinesischen Kaiserreichs zu Beginn unseres Jahrhunderts weiter.

Die konkreten Inhalte der Reformen Wang Anshis brauchen uns hier nicht zu beschäftigen¹⁹. Sie erstreckten sich hauptsächlich auf die Bereiche Landwirtschaft, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Landesverteidigung sowie Erziehung und Beamtenausbildung. Die verfolgte Politik würde man nach heutiger Terminologie als "pragmatisch" bezeichnen: Sie zielte auf die Beseitigung konkreter Mißstände und die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Reiches. In den Augen der konservativen Fraktion hatte diese Politik jedoch den Geschmack des Utilitarismus, da sie nur den konkreten Nutzen im Auge hatte, dabei jedoch die für die Konfuzianer fundamentale politische Zielsetzung vernachlässigte: Einwirkung auf die Menschen durch Erziehung zu richtigem Verhalten und Denken gemäß dem konfuzianischen Wertkodex.

Man warf den Reformern also vor, daß ihre Politik sich allein am unmittelbaren Erfolg orientiere, damit aber notwendig nur oberflächlich bleibe. Nach Ansicht der orthodoxen Konfuzianer konnte eine Politik nur dann langfristig Erfolg bringen, wenn sie sich nicht auf Sachen, sondern auf die Menschen richte. Der Zustand des Staates stand für sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Verhalten und Bewußtsein der einzelnen Individuen, insbesondere der politisch verantwortlichen Personen²⁰. Erziehung der Menschen zur Anerkennung und Befolgung der seit alters festgelegten und bewährten Normen - modern würden wir sagen: ideologische Beeinflussung - galt ihnen deshalb als die Grundlage einer erfolgreichen Politik. Der Konflikt zwischen Reformern und Konservativen läßt sich deshalb mit einiger Berechtigung als ein Konflikt zwischen Pragmatikern und Ideologen bezeichnen.

Dieser Charakter des Konflikts wird besonders deutlich im Zusammenhang mit den Reformen der Funktionärsausbildung, wogegen sich der

stärkste Widerstand regte. Während in der traditionellen Beamtenausbildung das Schwergewicht auf literarischen Fähigkeiten und dem Auswendiglernen klassischer Schriften lag, wollte Wang eine stärkere Berücksichtigung von praktischen Problemen. Es wurden deshalb praxisbezogene Fächer wie Militärwesen, Recht, Finanzwesen und Medizin verstärkt mit in die Ausbildung aufgenommen.

Die konservative Fraktion sah diese Betonung von praktischen Fähigkeiten als verfehlt an. Für sie war der entscheidende Punkt die moralische Qualifikation der Beamten, die Funktion der Ausbildung lag primär darin, das konfuzianische Wertesystem zu internalisieren. Man fühlt sich bei dieser Gegenüberstellung sofort an einen Streitpunkt im modernen China erinnert: Während von Deng Xiaoping der mittlerweile berühmte Satz überliefert wird, es spiele keine Rolle, ob eine Katze schwarz oder weiß sei, Hauptsache, sie fange Mäuse, vertraten die Anhänger der sog. radikalen Fraktion um Jiang Qing die These, daß ideologische Korrektheit wichtiger sei als Fachwissen. Wir haben hier, wenn auch unter völlig anderen politischen Bedingungen, die gleiche Konstellation einer Polarisierung zwischen "Pragmatikern" und "Ideologen".

Es erübrigt sich hier, Struktur und Verlauf der Fraktionskämpfe zur Zeit Wang Anshis im einzelnen darzustellen²¹. Die Analyse würde im wesentlichen die oben beschriebenen Merkmale politischer Richtungskämpfe bestätigen. Um die wichtigsten Punkte noch einmal zu nennen: Die Durchführung und der Erfolg der Reformpolitik waren unmittelbar mit dem politischen Schicksal einer Fraktion verknüpft. Zur Absicherung der Macht und Durchführung der Politik war es unumgänglich, die Vertreter der gegnerischen Fraktion politisch kaltzustellen und wichtige Posten mit eigenen Anhängern zu besetzen. Der Ausgang der Fraktionskämpfe war jedoch daneben noch von einem weiteren Faktor entscheidend abhängig: nämlich von der Entscheidung des Kaisers bzw. Regenten. Dieser Faktor, der sich weitgehend dem politischen Kalkül entzieht²², war dafür verantwortlich, daß Reformpolitiker und Reformgegner sich mehrmals an der Macht ablösten, wobei jeder Machtwechsel jeweils politische und persönliche Abrechnungen mit der unterlegenen Fraktion nach sich zog. So kam es zu einer zunehmenden Vergiftung des politischen Klimas.

Parallelen zur VR China

Die Parallelen zu Vorgängen in der VR China während der letzten Jahre sind nicht zu übersehen. Bei den Richtungskämpfen innerhalb der Parteiführung lag eine der Hauptstärken der sog. "radikalen" Fraktion darin, daß sie sich weitgehend der Unterstützung durch Mao Zedong sicher wußte. Während der Kulturrevolution kam es zu umfangreichen Säuberungen des

Parteiapparates, der etwa zwei Drittel der führenden Kader zum Opfer fielen²³. Entsprechend konnten die meisten Schlüsselpositionen mit Anhängern der Radikalen besetzt werden.

In den siebziger Jahren gelang es Zhou Enlai nach und nach, den Einfluß der Radikalen zurückzudrängen. Dabei spielte der Sturz Lin Biaos, der von Mao als Nachfolger designiert war, dann aber als Verräter entlarvt wurde, möglicherweise eine nicht unwesentliche Rolle²⁴. Da Lin bis zu seinem Sturz der linken Fraktion zugerechnet wurde, näherte sich Mao danach offenbar wieder an Zhou Enlai an, so daß dieser schließlich 1975 ein Reformprogramm verkünden konnte, das eindeutig die Handschrift der Pragmatiker trug. Nach und nach wurden wichtige Ämter mit Vertretern der pragmatischen Fraktion besetzt, wobei Deng Xiaoping nur das herausragendste Beispiel war.

Nach dem Tod Zhou Enlais gelang es der radikalen Fraktion jedoch, den Zugang zum greisen Mao Zedong weitgehend zu monopolisieren. Deng Xiaoping konnte ausgeschaltet werden, und eine großangelegte Kampagne gegen die "Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" innerhalb der Partei begann, ein Indiz für geplante umfangreiche Säuberungen. Es ist nicht verwunderlich, daß die Mitglieder der gemäßigten Fraktion nach dem Tod Maos nicht in Ruhe ihre eigene Entmachtung abwarteten, sondern die Gelegenheit zu einem Coup nutzten, um ihrerseits die radikale Fraktion politisch auszuschalten.

Man sollte nicht übersehen, daß die Zeiträume, innerhalb derer die Fraktionsauseinandersetzungen bestehen, relativ lang sind. Die Kulturrevolution, durch die die radikale Fraktion an die Macht kam, begann 1966. Der Sturz der Viererbande erfolgte 1976, also zehn Jahre später. Im Falle der Reformpolitik Wang Anshis zog sich das Hin und Her von Reform und Gegenreform über mehr als ein halbes Jahrhundert, von 1069 bis 1125, hin.

Ein Faktor, der zur "Perpetuierung" der Auseinandersetzungen beiträgt, dürfte die Verbindung von politischen Richtungskämpfen mit dem persönlichen Schicksal von Politikern sein. Diese Verknüpfung ist wegen der erwähnten Besonderheiten der Herrschaftsstruktur - Bürokratie ohne externe Legitimation und Kontrolle - unvermeidbar. Unvermeidbar ist auch, daß diejenigen Kader, die Opfer einer Säuberung wurden, auch nach ihrer Ausschaltung der herrschenden Fraktion nicht gerade freundliche Gefühle entgegenbringen. Wenn sich dann später das Blatt wendet, werden daher mit Sicherheit eine Reihe von persönlichen Rechnungen beglichen. Man muß sich dies vergegenwärtigen, wenn man erfährt, daß bis Ende 1978 zwei Drittel der während der Kulturrevolution entmachteten und oft tief gedemütigten Parteifunktionäre wieder in ihre Ämter eingesetzt worden waren²⁵. Mit dem gleichen Durst nach Rache, mit dem sie z. T. mehr als

zehn Jahre auf die Ausschaltung der radikalen Fraktion hofften, warten heute die Anhänger eben dieser gestürzten Fraktion darauf, daß sie wieder ihre Chance bekommen. Man darf m. E. diese Vergiftung des politischen Klimas nicht außer Acht lassen, wenn man versucht, die Stabilität der gegenwärtigen Politik abzuschätzen.

3. Die "Selbststärkungsbewegung"

Ich komme nun zum zweiten historischen Beispiel, der sog. "Selbststärkungsbewegung" (Zi qiang yündong), einer Reformbewegung in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. In diesem Fall soll jedoch nicht auf die damit verbundenen innenpolitischen Auseinandersetzungen eingegangen werden²⁶, sondern auf die sozialen, ökonomischen und ideologischen Probleme, mit denen dieser Modernisierungsversuch zu kämpfen hatte und an denen er schließlich auch scheiterte²⁷.

Zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts befand sich das China der Mandschu-Dynastie in einem desolaten Zustand: Innenpolitisch hatte man mit den Resten des Taiping-Aufstandes zu kämpfen, einer Bürgerkrieges, der die Dynastie und das traditionelle System in ihren Grundfesten erschüttert hatte²⁸. Außenpolitisch hatte China nach einer Anzahl militärischer Niederlagen gegen England und Frankreich demütigende Verträge unterzeichnen müssen. Wirtschaftlich war das Land nahezu ausgeblutet. Die Notwendigkeit zu einschneidenden Reformmaßnahmen lag also auf der Hand. In dieser Situation setzte die Selbststärkungsbewegung ein, die etwa von 1860 bis 1895 währte.

Die Problemlage, vor die sich die chinesische Politik gestellt sah, läßt sich auf zwei Bereiche reduzieren: Im Innern ging es darum, die durch den Bürgerkrieg angeschlagene Herrschaft der Mandschu-Dynastie, vor allem aber das traditionelle Ordnungssystem auf der Grundlage des Konfuzianismus zu konsolidieren. Voraussetzung dafür war jedoch andererseits, im Äußeren die militärische und wirtschaftliche Unterlegenheit Chinas gegenüber den Westmächten zu beseitigen. Die Selbststärkungspolitik trat deshalb nach außen vor allem als Versuch Chinas, auf militärischem, wirtschaftlichem und technologischem Gebiet zu modernisieren, um mit den Westmächten gleichziehen zu können, in Erscheinung. Die Parallelen zu den Zielen der gegenwärtigen Modernisierungspolitik sind also unübersehbar.

Es würde zu weit führen, auf die Inhalte und den Ablauf der Modernisierungen im einzelnen einzugehen. Ich möchte hier nur die Hauptlinien skizzieren: Das Schwergewicht lag zunächst auf der Stabilisierung der außenpolitischen Beziehungen, um durch Sicherung des Friedens die ungehinderte Durchführung der inneren Reformen zu ermöglichen. Parallel dazu

wurde versucht, durch Import ausländischer Militärtechnologie, die Schlagkraft der hoffnungslos unterlegenen chinesischen Armee zu erhöhen und so gegen weitere ausländische Aggressionen gerüstet zu sein. Im weiteren Verlauf der Entwicklung erkannte man, daß Militärtechnologie allein eine viel zu geringe Basis für die beabsichtigte Selbststärkung darstellte. Der Bereich der Modernisierung wurde deshalb nach und nach über das Militärwesen hinaus auf andere Wirtschaftszweige ausgedehnt: Zu nennen sind hier vor allem Kommunikationswesen (Telegraphie, Eisenbahnen), Bergbau, Maschinen- und Schiffsbau und schließlich auch die Leichtindustrie²⁹. Man erkannte auch die Notwendigkeit, sich selbst ausländische Kenntnisse, vor allem auf wissenschaftlichem Gebiet anzueignen. Es wurden deshalb zunächst einige Fremdspracheninstitute gegründet, die sich allmählich zu Zentren für westlich geprägte Ausbildung entwickelten. Seit den siebziger Jahren wurden dann auch in zunehmendem Maße chinesische Studenten zur Ausbildung ins Ausland geschickt.

Trotz vielversprechender Ansätze der Selbststärkungsbewegung vor allem in den sechziger Jahren³⁰ stellte sich die Modernisierung schließlich als Fehlschlag heraus, und zwar am deutlichsten gerade in dem Bereich, dem man von Anfang an die größten Anstrengungen gewidmet hatte, dem militärischen: 1884/85 kam es zu einer Niederlage gegen Frankreich in Annam, zehn Jahre später wurde China von Japan militärisch geschlagen. Vor allem die Niederlage gegen Japan war für China beschämend, da beide Staaten noch in den sechziger Jahren über ungefähr gleiche Ausgangspositionen für den Modernisierungsprozeß verfügt hatten.

Ursachen für das Scheitern

Natürlich ist es nicht möglich, die Ursachen für das letztliche Scheitern dieser Politik auf zwei, drei Faktoren zu reduzieren. Es scheint mir jedoch, daß bei allen Problemen im einzelnen die entscheidende Schwäche in den inneren Widersprüchen der gesamten Politik lag, und zwar vor allem an dem Gegensatz von Modernisierung und Konservatismus.

Ein Schlagwort, das die gesamte Selbststärkungsbewegung durchzieht, lautete: "Die überlegene Technik der Barbaren lernen, um damit die Barbaren zu kontrollieren"³¹. Damit kommt sehr prägnant die Einschätzung des Verhältnisses von China und den Westmächten durch die damalige chinesische Elite zum Ausdruck: Der Westen, die "Barbaren", wurde als China prinzipiell unterlegen angesehen, und zwar auf praktisch allen wichtigen Bereichen mit einer Ausnahme: der Technologie, insbesondere der Militärtechnologie. Alles, was China zu tun hätte, um sich von den ausländischen Aggressoren zu befreien, war es aus dieser Sicht, auf militärtechnologischem Gebiet mit dem Westen gleichzuziehen. Der entschei-

dende Punkt dabei ist, daß es also nicht das Ziel der Selbststärkungspolitik war, China nach westlichem Vorbild zu modernisieren, sondern die Übernahme westlicher Technologie sollte dazu dienen, das traditionelle China zu bewahren. Die Ziele der Reformpolitiker waren also im Grunde genommen konservativ.

Das Bewußtsein der kulturellen Überlegenheit Chinas zeigte sich am deutlichsten bei den hartgesottenen Reformgegnern, die eine explizit fremdenfeindliche Haltung einnahmen und jede Übernahme ausländischer Dinge ablehnten. In ihren Augen verfolgten die Reformler eine utilitaristische Politik, die den fundamentalen Prinzipien des Konfuzianismus zuwider lief³². Wir finden hier also den gleichen Gegensatz zwischen radikalen "Ideologen" und utilitaristischen "Pragmatikern", dem wir schon bei dem Streit um die Reformpolitik Wang Anshis begegnet sind.

Wie in der Song-Zeit ging auch im 19. Jh. der Streit in erster Linie um die Mittel und nicht die Ziele der Politik. Auch die Reformler wollten das bestehende System nicht etwa beseitigen, sondern stärken. Das übergeordnete Ziel war die Stabilisierung des konfuzianisch geprägten Staates. Vor diesem Hintergrund aber waren Wandel und Veränderung prinzipiell unerwünscht und nur erlaubt, soweit sie das übergeordnete Ziel nicht gefährdeten.

Die führenden chinesischen Politiker unterlagen dem Irrtum, daß es möglich sei, Modernisierung gewissermaßen rein "äußerlich" durchzuführen, ohne daß dabei das soziale, politische und kulturelle System als Ganzes verändert werden müßte. Sie glaubten, westliche Technik, westliche Industrie und westliche Naturwissenschaften ließen sich übernehmen, gleichzeitig aber westliche Wertvorstellungen, westliche Philosophie und westliches Verhalten fernhalten. Die Selbststärkungsbewegung scheiterte somit an der Illusion, Modernisierung und Konservierung ließen sich miteinander vereinbaren.

Obwohl die Selbststärkungspolitik also nicht zu dem Erfolg führte, den sich ihre Initiatoren von ihr erhofft hatten, wäre es ein Fehlurteil, wollte man sie als historisch folgenlos hinstellen. Sie bedeutete den Beginn der Industrialisierung und die Anfänge des modernen Kapitalismus in China. Wenn auch die Modernisierung aus den verschiedensten Gründen letztlich nur halbherzig durchgeführt worden war, so entwickelte sie doch ihre eigene Dynamik, die sich nicht mehr allein auf den technologischen und ökonomischen Bereich beschränken ließ. Der Einfluß westlicher Gedanken und Wertvorstellungen - zu nennen sind vor allem Demokratie und Nationalismus - erwies sich als unaufhaltsam und entfremdete vor allem Teile der Intellektuellen mehr und mehr vom bestehenden System. Die Selbststärkungspolitik ist somit letztlich mitverantwortlich dafür, daß - in Verkehrung der eigentlichen Zielsetzung - zu Beginn des Jahrhunderts die

Mandschu-Dynastie zusammen mit dem konfuzianischen System wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach.

III. INTERPRETATION DER GEGENWÄRTIGEN MODERNISIERUNGSPOLITIK

Vor dem Hintergrund der beiden historischen Beispiele, die oben vorgestellt wurden, soll im folgenden versucht werden, eine Interpretation der gegenwärtigen Modernisierungspolitik in der Volksrepublik China zu geben.

1. Politische Rahmenbedingungen

Betrachten wir zunächst die politischen Rahmenbedingungen. Ein entscheidender Punkt ist, daß seit etwa Ende der fünfziger Jahre innerhalb der Partei offenbar unterschiedliche Auffassungen über die Richtung der zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bestanden³³. Diese Richtungsauseinandersetzungen spitzten sich in den sechziger Jahren zu innerparteilichen Machtkämpfen zu, deren eklatantester Ausdruck die Kulturrevolution war.

Bemerkenswert ist, daß die sich dabei gegenüberstehenden Fraktionen der sog. "Radikalen" oder "linken Ideologen" einerseits und der "Pragmatiker" oder "Gemäßigten" andererseits deutliche Ähnlichkeiten zu Fraktionsbildungen im traditionellen China aufweisen: Die konservativen Konfuzianer, die sich immer wieder gegen pragmatische Reformen wandten, entsprechen in ihrem ideologischen Purismus den "radikalen Ideologen". Beide Gruppen wollten primär das Bewußtsein und die politische Moral beeinflussen, wenn auch natürlich inhaltlich in sehr unterschiedlicher Richtung. Demgegenüber finden die heutigen "Pragmatiker" ihre Entsprechung bei den Reformpolitikern des traditionellen China. Wie diese als "Utilitaristen" denunzierten Politiker verfolgen sie eine am Gesichtspunkt der Effizienz orientierte Reformpolitik³⁴.

Es verwundert nicht, daß die Art, in der die Fraktionskämpfe ausgetragen wurden, in vieler Hinsicht Gemeinsamkeiten mit ähnlichen Vorgängen im kaiserlichen China aufweist: Die gerade herrschende Fraktion versucht, die Gegenpartei so weit wie möglich politisch auszuschalten. Nach einer Verschiebung der Machtverhältnisse kommt es zu "Säuberungen" unter umgekehrten Vorzeichen und zu Rehabilitierungen. Die entmachteten politischen Gegner werden zu Unpersonen, ihre Schriften werden aus dem öffentlichen Leben verbannt³⁵. Sofern Machtkämpfe dieser Art häufiger vorkom-

men - und das trifft für die Volksrepublik seit Mitte der sechziger Jahre sicher zu -, kommt es zu einer extremen Vergiftung des politischen Klimas, das Verlangen nach wechselseitiger "Abrechnung" breitet sich aus.

Der Richtungskampf wurde nach dem Tod Maos zugunsten der Pragmatiker entschieden. Gegenwärtig spricht nichts dafür, daß ihre Dominanz in naher Zukunft wieder durch die Fraktion der radikalen Ideologen gebrochen werden könnte. Längerfristig ist die Stabilität der gegenwärtigen Führung jedoch kaum sicher zu beurteilen, da mit zu vielen Unbekannten gerechnet werden muß. Ich verweise hier nur auf die Möglichkeit von Machtkämpfen aus persönlichem Ehrgeiz innerhalb der pragmatischen Fraktion³⁶. Außerdem läßt sich im Augenblick in keiner Weise abschätzen, ob und welche längerfristigen Konsequenzen es hat, daß die radikale Fraktion jahrelang den politischen Propagandaapparat beherrschte³⁷. Wie dem auch sei, das wechselhafte Schicksal der Reformpolitik Wang Anshis sollte uns sensibel dafür machen, wie leicht sich die Machtverhältnisse zwischen einzelnen Fraktionen verändern können.

Es muß hier darauf verzichtet werden, die institutionellen Ursachen dieser relativen Instabilität im einzelnen zu analysieren. Die Frage, die sich der Politikwissenschaft hier stellt, lautet: Wieso entstehen bei Kämpfen um die politische Macht, die doch ein Kennzeichen sämtlicher komplexer politischen Systeme sind, in China Probleme der geschilderten Art? Es kann, wie gesagt, hier keine detaillierte Antwort auf diese Frage gegeben werden, ich möchte aber auf einige Gesichtspunkte hinweisen, die nach meiner Meinung einen Schlüssel zur Lösung dieses Problems liefern.

Dazu zunächst eine These: Wenn die heutige Pekinger Führung und insbesondere Deng Xiaoping ihre Machtstellung nicht dem Sieg in einem innerparteilichen Fraktionskampf verdanken würde, sondern dem Sieg in allgemeinen Wahlen, könnte sie sich ihrer Position und ihrer Politik wesentlich sicherer sein, als es jetzt der Fall ist. Der Parteibürokratie gerät hier zur spezifischen Schwäche, was in anderen Bereichen durchaus positive³⁸ Funktionen besitzen mag: das Fehlen externer Legitimation und Kontrolle. Ein Amt legitimiert sich selbst, über die Besetzung von Ämtern wird zumindest auf den oberen Ebenen ausschließlich innerhalb der Bürokratie entschieden, die Amtsführung wird - das trifft ebenfalls für die oberen Ebenen zu - praktisch ausschließlich von der Bürokratie kontrolliert. Das Streben nach politischem Einfluß - wie gesagt eine normale Erscheinung in allen politischen Systemen - richtet sich deshalb notwendigerweise primär auf die Ämterverteilung innerhalb dieser Bürokratie. Wie wir gesehen haben, sind Cliquen- und Fraktionsbildungen die regelmäßige Folge, jedenfalls dann, wenn innerhalb der Parteibürokratie unterschiedliche politische Richtungen vertreten sind.

Sobald politische Auseinandersetzungen in Gestalt von Fraktionskämpfen

ausgetragen werden, wird ihr Ausgang in hohem Maße unberechenbar. Da eine Entscheidung nicht durch externe Instanzen (z. B. das "Wahlvolk") herbeigeführt werden kann, gibt letztlich allein das Geschick beim Ausmanövrieren der Gegenfraktion den Ausschlag. Intrigen, Günstlingswirtschaft, "Säuberungen" sind die bekannten Folgen. Persönliche Loyalitäten werden zum alles überwiegenden Gesichtspunkt bei der Ämtervergabe.

Aufgrund dieser Zusammenhänge halte ich es für eine Selbsttäuschung, wenn Deng Xiaoping die Beständigkeit der gegenwärtigen Politik mit folgender Argumentation zu begründen versucht: "Die Garantie für die Beständigkeit einer korrekten Politik wird nicht durch eine Person bestimmt. Der Kernpunkt ist, ob die Politik richtig ist oder nicht, ob sie vom Volk akzeptiert und unterstützt wird und ob sie gut für das Volk ist. Wenn die Politik korrekt ist, gut für das Volk ist und seine Unterstützung findet, dann ist das die grundlegende Garantie für die Fortdauer dieser Politik"³⁹.

Würde diese Argumentation zutreffen, dann hätte die sog. Viererbande nicht über ein Jahrzehnt lang gegen den Willen des Volkes (was Deng ja implizieren muß) eine von der heutigen grundsätzlich verschiedene politische Richtung verfolgen können. Tatsächlich ist es im Rahmen der bestehenden Herrschaftsstruktur (und nichts spricht dafür, daß diese in absehbarer Zeit verändert würde) grundsätzlich möglich, daß aufgrund geschickten Manövrierens eine kleine Gruppe auch gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit an die Macht kommt und dann den ganzen Mechanismus von Säuberungen und sonstigen Maßnahmen zur Machtsicherung in Gang setzt. Diese Möglichkeit bedeutet natürlich nicht, daß es so kommen muß, sondern nur, daß es so kommen kann.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Um die Möglichkeiten der gegenwärtigen Reformpolitik umfassend einschätzen zu können, ist es natürlich auch notwendig, neben den politischen Rahmenbedingungen vor allem auch die wirtschaftliche Situation zu analysieren. Leider kann der wirtschaftliche Bereich in all seiner Vielfalt im Rahmen dieser Darstellung nicht behandelt werden, sondern es kann nur auf einige Aspekte hingewiesen werden.

Zunächst läßt sich feststellen, daß die Ausgangssituation Chinas sowohl im Bereich der Landwirtschaft als auch der Industrie weitaus günstiger ist als die der meisten anderen Entwicklungsländer. Die landwirtschaftliche Produktivität entspricht etwa der des Weltdurchschnitts. Da eine Vergrößerung der Anbaufläche nur noch in geringem Maße möglich ist, richtet sich das Modernisierungsbemühen vor allem auf eine stärkere Mechanisierung und vermehrten Einsatz industriell erzeugter Düngemittel.

Im industriellen Bereich verfügt China über ausreichende Ressourcen sowohl an Rohstoffen als auch an Arbeitskräften. Probleme bestehen allerdings bei der optimalen Ausnutzung dieser Ressourcen, die aufgrund mangelhafter Infrastruktur, zurückgebliebener Technologie, Mangel an qualifizierten Facharbeitern und Spezialisten sowie schlechtem Management behindert wird.

Wenn man Einzelprobleme außer Betracht läßt, bestehen sowohl im landwirtschaftlichen als auch im industriellen Bereich die Hauptschwierigkeiten, denen sich die geplanten Modernisierungsanstrengungen gegenüber sehen, im Mangel an a) technologischem know how, b) Kapital und c) effektivem Management⁴⁰. Der technologische Rückstand der chinesischen Industrie gegenüber den entwickelten Industrienationen ließe sich aus eigener Kraft nicht in absehbarer Zeit aufholen. Nach Meinung der heutigen chinesischen Führung ist deshalb eine Modernisierung der Industrie nur durch die Übernahme ausländischen know hows möglich, wobei man anscheinend mehr an eine Art Initialzündung als an eine permanente Transfusion denkt. Die Maßnahmen, die man zur Erreichung dieses Ziels unternimmt, sind wegen ihres teilweise spektakulären Charakters im Westen weitgehend bekannt: Import moderner Industrieanlagen in großem Stil, Erwerb ausländischer Lizenzen und nicht zuletzt die Ausbildung chinesischer Studenten und Wissenschaftler im Ausland.

Ob diese Maßnahmen zum gewünschten Erfolg führen, kann jetzt noch nicht abgeschätzt werden. Sicher ist jedoch, daß sie einen ungeheuren Bedarf an Devisen nach sich ziehen, der nur durch erhöhte Exporte gedeckt werden kann. Im Westen denkt man dabei vor allem an den Export von Rohstoffen, nicht zuletzt Erdöl, und an den Export chinesischer Agrarprodukte. Es ist jedoch unverkennbar, daß die Chinesen selbst diese Export offenbar für nicht ausreichend halten, jedenfalls verstärkt versuchen, auch mit Industrieprodukten Devisen zu erwirtschaften. Es zeichnet sich ab, daß sich der Ausbau der Leichtindustrie zur Konsumgüterproduktion für den Export an dem Vorbild anderer ostasiatischer Staaten, wie Südkorea, Taiwan und Hong Kong orientiert⁴¹. Daneben müssen allerdings auch vermehrt Konsumgüter für den Inlandsmarkt produziert werden, um damit Gewinne zu erwirtschaften, durch die das für die Modernisierung dringend benötigte Kapital gebildet werden kann.

Neben technologischem know how und Kapitalausstattung stellt ein dritter Bereich die Modernisierungspolitik vor nicht zu unterschätzende Probleme: der des wirtschaftlichen Managements. Auch hier hofft man, von den fortgeschrittenen Industrienationen zu lernen und wissenschaftliche Managementmethoden übernehmen zu können. In diesem Zusammenhang sind u. a. die revidierte Einstellung zur Frage erwirtschafteten Gewinns und die Propagierung des Leistungsprinzips zu sehen.

Wenn man die geplanten Modernisierungen isoliert als wirtschaftliches Problem betrachtet, lassen sich die Aussichten im Ganzen gesehen durchaus positiv beurteilen. Die Ausgangsbedingungen sind günstiger als in anderen Entwicklungsländern, die bestehenden Probleme im Bereich des technologischen know hows, der Finanzen und des Managements erscheinen als im Prinzip lösbar⁴², wenn auch vielleicht nicht ganz in der vorgesehenen Zeit. Wenn wir jedoch einen Schritt weiter gehen und die Implikationen einer Entwicklung der geplanten Art berücksichtigen, zeigt sich schnell, daß eine isoliert ökonomische Betrachtung der Situation nicht gerecht wird.

Ich will hier nur einige Punkte kurz andeuten, um die Problemlage zu verdeutlichen: Die Öffnung Chinas auf den Weltmarkt, die sich spektakulär im Augenblick vor allem in Mammutaufträgen an westliche Firmen äußert, bietet für die Industrienationen längerfristig nicht nur euphorische Perspektiven. Das "Chinageschäft" sieht zunächst nur den schier grenzenlosen Markt China; man sollte jedoch nicht übersehen, daß China seine Importe durch gesteigerte Exporte finanzieren muß. Die in diesem Zusammenhang geplante Förderung der Leichtindustrie nach dem Vorbild anderer ostasiatischer Staaten könnte leicht dazu führen, daß China schon in wenigen Jahren mit - wahrscheinlich billigen - Produkten auf den Weltmarkt drängt, und zwar in einem Ausmaß, daß Hong Kong oder Taiwan dagegen wie Familienbetriebe erschienen.

Es ist unvorstellbar, daß die Industrienationen ohne weiteres diese Importe zulassen würden, so daß China im geplanten Umfang Devisen erwirtschaften könnte. Eine Voraussetzung wäre jedenfalls, daß China seinerseits seine Märkte entsprechend für westliche und japanische Produkte öffnen müßte, und zwar nicht nur kurzfristig. Das würde jedoch bedeuten, daß China sich in hohem Maße in die kapitalistische Weltwirtschaft integrieren müßte. Auswirkungen auf das eigene Wirtschaftsgefüge, die weit über die jetzt geplanten "Vier Modernisierungen" hinausgehen müßten, wären die unvermeidbare Folge. Gleichzeitig würde eine verstärkte weltwirtschaftliche Verflechtung aber auch erhöhte wirtschaftliche Abhängigkeit mit sich bringen⁴³.

Es braucht hier nicht eigens dargelegt zu werden, daß die in diesem Zusammenhang notwendigen ökonomischen Veränderungen nicht ohne Folgen für das gesamte soziale und politische System bleiben könnten. Die Widersprüche, die beispielsweise zwischen "wissenschaftlichen" Managementmethoden, bei denen Gewinn, Leistung und materielle Anreize nicht mehr verpöht sind, und andererseits dem alten Ideal der Egalität und klassenlosen Gesellschaft bestehen, genügen als Hinweis auf die hier auftretenden Probleme. Ob die chinesischen Führer der nächsten Generation, d.h. ab Mitte der achtziger Jahre, bereit sein werden, derartige innenpolitische Konsequenzen in Kauf zu nehmen, läßt sich heute noch nicht abschätzen.

Damit wird deutlich, daß eine rein ökonomische Betrachtung des wirtschaftlichen Modernisierungsprogramms nicht ausreicht, um die Erfolgsaussichten adäquat einschätzen zu können.

3. Soziale Rahmenbedingungen

Von entscheidender Bedeutung für Erfolg oder Mißerfolg der Modernisierung wird zweifellos sein, ob es gelingt, das soziale Klima nachhaltig zu verbessern. Wichtig sind dabei vor allem zwei Bereiche: Einmal die Partei- und Verwaltungsbükratie, vor allem auf unterer und mittlerer Ebene, zum anderen die Intellektuellen.

Was die Bürokratie betrifft, so müssen wir zunächst berücksichtigen, daß in China wie anderswo bürokratische Strukturen nicht gerade die optimale Organisationsform für die beschleunigte Durchführung von Innovationen sind. Die Angst vor Eigeninitiative und persönlicher Verantwortung dürfte jedoch im heutigen China das in Bürokratien normalerweise übliche Maß weit übersteigen. Die Erfahrungen der letzten fünfzehn Jahre haben nämlich gezeigt, daß allzu starkes Engagement für eine bestimmte Politik bei einer Veränderung der Machtverhältnisse zu erheblichen persönlichen Nachteilen - um es einmal vorsichtig auszudrücken - führen kann.

Natürlich versucht die gegenwärtige Führung, den Mangel an persönlichem Einsatz und Initiative so weit es geht, zu beseitigen. In diesem Zusammenhang sind die angestrebte Entpolitisierung des Wirtschaftslebens und die Propagierung des Leistungsprinzips zu sehen. Diese Politik kann jedoch, wenn überhaupt, dann nur längerfristig Abhilfe schaffen, wobei Voraussetzung ist, daß heftigere Fraktionskämpfe in der Führung - gleichgültig welchen Motiven - auf Jahre hinaus ausbleiben. Selbst dann erscheint es allerdings mehr als fraglich, ob eine Modernisierung im geplanten Tempo unter den Bedingungen einer bürokratisch geleiteten Wirtschaft möglich ist⁴⁴.

Was die Intelligenz betrifft, so ist zu beachten, daß der vierte Schwerpunkt der gegenwärtigen Modernisierung "Wissenschaft und Technik" nicht einfach auf eine Verbesserung des Ausbildungssystems und eine Förderung der Wissenschaften durch größere finanzielle Mittel reduziert werden kann. Natürlich geht es zunächst darum, Facharbeiter und Spezialisten auszubilden, um die geplante Industrialisierung überhaupt in Angriff nehmen zu können. Um Wissenschaft und Technik zu modernisieren, ist jedoch mittel- und langfristig mehr notwendig, als nur ausländisches Wissen zu übernehmen und zu verarbeiten, nämlich vor allem, ein geeignetes Klima für innovative Entwicklungen zu schaffen. Innovationen aber erfordern nicht zuletzt Freiheit, insbesondere, die Freiheit, Fehler zu begehen. Solange Wissenschaftler und Intellektuelle befürchten müssen, für ihre heute

vertretenen Auffassungen morgen ins Gefängnis zu wandern, werden sie ihrer Kreativität Grenzen zu setzen wissen. Umgekehrt ist es aber auch notwendig, daß der Kritikspielraum vergrößert wird. Es muß möglich sein, ohne Angst vor Repressalien bestehende Ansichten, Methoden und Institutionen in Frage zu stellen.

Die gegenwärtigen chinesischen Führer scheinen sich dieser Zusammenhänge durchaus bewußt zu sein. Zweifellos ist nach dem Sturz der Viererbande eine gewisse "Liberalisierung" des intellektuellen Klimas feststellbar. Dennoch sind hier enge Grenzen gezogen, und zwar dort, wo die Kritik sich gegen das bestehende politische und soziale System und gegen die Leitung der Kommunistischen Partei richtet⁴⁵. Hier sind wir an einem Punkt, der von ganz entscheidender Bedeutung für die Einschätzung des Ausmaßes der von den Reformpolitikern geplanten Veränderungen ist: Kein Parteiführer, gleichgültig zu welcher Fraktion gehörig, kann sich eine Politik leisten, durch die die Herrschaft der Partei sichtbar bedroht würde. Dabei spielt es nur eine untergeordnete Rolle, daß es sich um eine kommunistische Partei handelt. Primär entscheidend ist vielmehr, daß eine von außen nicht kontrollierte, bürokratisch organisierte herrschende Gruppe bei aller Fraktionsbildung als Minimalkonsens auf jeden Fall die Sicherung der Herrschaft zum Ziel hat⁴⁶. Solange es die Machtverhältnisse zulassen, wird sie dieses Ziel nicht freiwillig aufgeben⁴⁷.

4. Möglichkeiten der Modernisierungspolitik vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung

Die bisherige Analyse zeigt, daß das Dilemma, vor das sich die heutige Modernisierungspolitik gestellt sieht, dem der Selbststärkungspolitik im letzten Jahrhundert nicht unähnlich ist: Es wird versucht, Modernisierung als etwas "Äußerliches" zu begreifen, als Übernahme und Aneignung von Techniken, ohne daß die entsprechenden Ideen und Wertvorstellungen mit übernommen werden. Wie wir gesehen haben, scheiterte die Mandschudynastie letztlich an diesem Widerspruch zwischen Verlangen nach politischer und sozialer Stabilität einerseits und Modernisierung von Technologie und Wirtschaft andererseits.

Man sollte jedoch nicht übersehen, daß auch einige bedeutende Unterschiede zwischen heute und vor hundert Jahren bestehen:

- die heutigen Reformpolitiker in Peking kennen alle sehr genau das historische Schicksal der Selbststärkungsbewegung;
- als Marxisten wissen sie auch, daß man nicht die ökonomische Basis grundlegend ändern kann, ohne daß der institutionelle und ideologische Überbau davon betroffen wird;
- im Unterschied zum letzten Jahrhundert ist die Sicht der heutigen politi-

schen Führer nicht konservativ nach rückwärts gewandt, sondern nach vorne gerichtet, wobei Veränderung prinzipiell positiv bewertet wird.

Aus diesen Gründen kann man m. E. mit Sicherheit davon ausgehen, daß die Pekinger Führung sich sehr wohl der Tatsache bewußt ist, daß die Modernisierung nicht ohne grundlegende Veränderungen des politischen und sozialen Systems verwirklicht werden kann. Die Frage ist nur, in welchem Umfang Veränderungen in Kauf genommen werden.

Eine Grenzlinie für mögliche Veränderungen wurde oben schon erwähnt: die Herrschaft der Partei. Ich glaube, daß diese Grenzlinie, ab der das Herrschaftsmonopol der Partei als gefährdet angesehen wird, schneller erreicht wird, als den Parteiführern lieb ist. Die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, daß schon bei geringfügig vergrößerter Meinungsfreiheit die Kritik das politische System nicht ausklammert. Das Dilemma ist also tatsächlich das gleiche wie im 19. Jahrhundert, wenn auch in abgeschwächter Form: Stabilität der Herrschaftsstrukturen und beschleunigte Modernisierung sind nur schwer miteinander zu vereinbaren.

Man kann allerdings die unvermeidbaren politischen und sozialen Konsequenzen der Modernisierung auch unter einem anderen Aspekt betrachten. Es ist nämlich zu beachten, daß die gegenwärtige Pekinger Führung nur bedingt an einer Beibehaltung des bestehenden Systems interessiert ist. Das bestehende System in nämlich in weiten Bereichen ein Produkt der radikal-ideologischen Fraktion, die seit den sechziger Jahren hauptsächlich die Politik bestimmte. Ziel der heutigen Führung ist also in gewisser Weise auch eine Beseitigung des bestehenden Systems. Die unverkennbaren Anzeichen für eine "Entmaoisierung", ja die Möglichkeit einer posthumen Rehabilitierung Liu Shaoqis⁴⁸ machen deutlich, daß in der Tat eine grundsätzliche Veränderung des bisherigen politischen und sozialen Systems, jedenfalls so, wie es sich seit der Kulturrevolution darstellte, ins Auge gefaßt wird.

Vor diesem Hintergrund erscheinen einige der offensichtlichen Konsequenzen der gegenwärtigen Politik durchaus einkalkuliert: Zunehmende soziale Ungleichheit, die sich in Privilegien für Parteifunktionäre und Intellektuelle äußert, war bekanntlich einer der Hauptangriffspunkte, gegen die sich die heute mehr und mehr negativ gewertete Kulturrevolution richtete. Gerade das Parteiestablishment hatte in hohem Maße unter der Kulturrevolution zu leiden. Umgekehrt zeichnet sich ab, daß Parteifunktionäre, Wirtschaftsmanager und Intellektuelle die Gruppen darstellen, die am meisten von der gegenwärtigen Politik profitieren. Damit aber wird die wichtigste potentielle Oppositionsgruppe auf die Seite der Modernisierungspolitiker gezogen. Sofern es daneben gelingt, im Verlauf der Modernisierung auch den Lebensstandard der breiten Massen spürbar zu verbessern, würde es möglich, grundlegende politische und soziale Veränderungen hinzunehmen

ohne dabei die Herrschaft der Partei zu gefährden. Die erwähnte Grenzlinie würde damit nicht überschritten.

Ziel dieser Untersuchung war es, die Möglichkeiten und Probleme der heutigen Modernisierungspolitik in der Volksrepublik China durch einen Vergleich mit ähnlichen historischen Phasen im kaiserlichen China besser einschätzen zu können. Zum Abschluß soll der Versuch gewagt werden, aufgrund der gewonnenen Ergebnisse, die Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung zu skizzieren. Dabei ist von zwei grundsätzlichen Feststellungen auszugehen:

Erstens: Der Erfolg jeder längerfristigen Politik, und damit auch der gegenwärtigen Modernisierungspolitik ist zunächst davon abhängig, ob es gelingt, Fraktionskämpfe innerhalb der Partei, wie sie in den letzten fünfzehn Jahren an der Tagesordnung waren, auf absehbare Zeit zu verhindern. Diese Bedingung scheint kurz- und mittelfristig erfüllbar zu sein, längerfristige Prognosen sind jedoch nicht möglich.

Zweitens: Modernisierung im geplanten Ausmaß wäre eine im wahrsten Sinne revolutionäre Entwicklung, die notwendig tiefgreifende Veränderungen des heute bestehenden politischen, sozialen und ökonomischen Systems mit sich bringen würde. Daraus ergeben sich m. E. drei verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten:

- a) Die Modernisierungsbestrebungen werden wegen der damit verbundenen politischen Risiken schon bald drastisch eingeschränkt und bleiben weit hinter den gesteckten Erwartungen zurück.
- b) Wenn die Modernisierung im geplanten Umfang über mehrere Jahre durchgeführt wird, entsprechende Modifikationen des sozialen Systems jedoch verhindert würden, könnte die Entwicklung eine Eigendynamik gewinnen, die nicht mehr politisch zu kontrollieren ist. Das Ergebnis wären wahrscheinlich revolutionäre Erschütterungen, die entweder zu einer gewaltsamen Unterdrückung der Opposition oder zu Änderungen des politischen Systems führen müßten.
- c) Es kann unterstellt werden, daß die chinesischen Führer sich durchaus der Tatsache bewußt sind, daß Modernisierung nicht ohne Veränderung des politischen und sozialen Systems erzielt werden kann. Es ist deshalb anzunehmen, daß sie solche Veränderungen bewußt in Kauf nehmen, sie jedoch zu kanalisieren versuchen. Mit Sicherheit nicht zur Disposition würde dabei allerdings die Herrschaft der Partei stehen. Alle Hoffnungen auf eine "Demokratisierung" im westlichen Sinne sind deshalb völlig illusionär. Es wäre jedoch denkbar, daß eine ähnliche Entwicklung wie in Taiwan ins Auge gefaßt wird, wo die Machtstellung der Guomindang, also der dort herrschenden Partei, zwar unangefochten ist, gleichzeitig aber persönliche Freiheitsräume bestehen, von denen die Bevölkerung auf dem Festland heute erst zu träumen wagt.

Es ist im Augenblick sicher zu früh, zu entscheiden, welche der drei Entwicklungsmöglichkeiten die größte Wahrscheinlichkeit besitzt. Die größte Unbekannte liegt in der Frage, ob die gegenwärtige relative Geschlossenheit der chinesischen Führung langfristig Bestand hat. Sollte dies der Fall sein, dann erscheint mir eine Entwicklung, die der unter c) skizzierten ähnlich ist, am ehesten den Vorstellungen der Modernisierungspolitiker zu entsprechen. Das würde bedeuten, daß in Zukunft nationalen Interessen größere Bedeutung beigemessen wird als der "Reinheit" der Ideologie. Damit ist keineswegs impliziert, daß mit der Entstehung eines "Kapitalismus" westlicher Prägung zu rechnen ist, sondern daß man pragmatisch versuchen wird, die Modernisierungsziele zu erreichen, ohne dabei schwere innenpolitische Erschütterungen zu provozieren.

In den Augen der gegenwärtigen politischen Führung scheint sich somit die geplante Modernisierung weniger als eine Etappe auf dem Weg in den Kommunismus darzustellen, sondern vielmehr als Fortführung einer im 19. Jh. begonnenen, durch zahlreiche außen- und innenpolitische Faktoren gehemmten Entwicklung Chinas in einen modernen Staat. Das im kulturellen Bereich zu beobachtende bewußte Anknüpfen an die klassische Tradition ist deshalb möglicherweise mehr als nur eine periphere Erscheinung. Es könnte sein, daß diese jahrtausendealte Tradition den Kommunismus ebenso integriert (was etwas anderes ist als beseitigen!), wie dies mit dem von den Radikalen hochgelobten Legalismus der Fall war. Das Ergebnis wäre zwar ein revolutionär umgestaltetes China, aber ein China, das nach über einem Jahrhundert fast permanenter Instabilität und Schwäche sowohl politisch als auch kulturell eine ähnliche Bedeutung wiedergewinnen könnte, wie es sie durch drei Jahrtausende besessen hat.

Manuskript abgeschlossen am 28. April 1979.

Anmerkungen:

- 1) In den westlichen Medien wurden zahlreiche Berichte über die tiefgreifenden Veränderungen des innenpolitischen Klimas gegeben. Vgl. etwa Newsweek, 5. Febr. 1979, S. 18-36.
- 2) Siehe Helmut Martin: "Friedliche "Wiedervereinigung" statt militärischer "Befreiung": Peking umwirbt Taiwan mit neuen Methoden. In: China aktuell, Febr. 1979, S. 128 f.
- 3) Die Einfuhr von Coca Cola nach China besitzt hier - obwohl nur für Ausländer bestimmt - gewissermaßen symbolische Bedeutung.
- 4) Peking Rundschau, 28. Januar 1975, S. 23 f.

- 5) Für eine Analyse der wirtschaftspolitischen Zielsetzung und der bisherigen ökonomischen Entwicklung siehe Alain Bouc: Les dirigeants veulent accélérer le rythme de l'industrialisation. In: Le Monde diplomatique, März 1978, S. 18.
- 6) Deng wurde Erster Stellvertretender Ministerpräsident, stellvertretender Parteivorsitzender, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Generalstabschef der Armee.
- 7) Diese Einschätzung ist inzwischen revidiert und der Tiananmen-Zwischenfall als "revolutionäre Massenbewegung" eingestuft worden. Vgl. den Leitartikel in Renmin Ribao ("Volkszeitung") vom 5. April 1979 (übersetzt in Beijing Rundschau, 17. April 1979, S. 9-12). Siehe dazu auch Yu-Hsi Nieh: Hintergrund und Auswirkungen der Tiananmen-Affaire. In: China aktuell, Dezember 1978, S. 823-826.
- 8) Vgl. Wolfgang Bartke: Der Sturz Teng Hsiao-p'ings - ein Fanal für weitere Stürze? In: China aktuell, Mai 1976, S. 204 f.
- 9) Siehe Oskar Weggel: Die "Nachfolge"-Krise in der VR China. In: China aktuell, November 1976, S. 610-628.
- 10) "Politische Willensbildung" wird hier verstanden als Formulierung politischer Zielvorstellungen mit der realen Chance, sie zu verwirklichen. Es handelt sich also um etwas anderes als "politische Meinungsbildung".
- 11) Bürokratieexterne Faktoren wären z. B. wirtschaftliche oder militärische Macht oder Einfluß auf wichtige gesellschaftliche Gruppen, sofern diese Macht nicht an die Stellung innerhalb der Bürokratie gebunden ist.
- 12) Eine Sonderstellung nehmen hier die Position des Kaisers bzw. Regenten und des Parteivorsitzenden ein. Da sie unter bestimmten Bedingungen nahezu absolute Entscheidungsvollmacht besitzen, stellt die Einflußgewinnung auf die "Herrscher" ein besonders wichtiges Ziel des Machtstrebens innerhalb der Bürokratie dar.
- 13) Nach dem Sturz der "Viererbande" wurden zahlreiche "Sabotageakte" aufgedeckt, von denen sicher einige der Wahrheit entsprechen. Vgl. die Jahrgänge 1977 und 1978 der Peking Rundschau.
- 14) Im kaiserlichen China war diese Herrschaftsstruktur etwas abgeschwächt durch die formal absolute Macht des Monarchen.
- 15) Vgl. zu dem Vorhergehenden auch die vergleichende Untersuchung von S. N. Eisenstadt: Political Struggles in Bureaucratic Societies. In: World Politics, 9 (1956/57), S. 15-36.
- 16) Die wichtigsten Darstellungen in westlichen Sprachen sind: H. R. Wil-

- liamson: Wang An Shih, A Chinese Statesman and Educationalist of the Sung Dynasty, 2 Bde., London 1935/37; James T. C. Liu: Reform in Sung China. Wang An-shih (1021-1086) and his New Policies, Cambridge, Mass. 1959; Rolf Trauzettel: Wang An-shih, In: Die Großen der Weltgeschichte, Bd. 3, Zürich 1973, S. 257-267.
- 17) Es handelt sich hier um einen der zahlreichen Fälle in der chinesischen Geschichte, in denen nach dem Tod eines Herrschers die Kaiserin-Witwe entscheidenden Einfluß auf die Politik gewann. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Jiang Qing, die Ehefrau Maos, angeblich Geschichtsverfälschungen in Auftrag gegeben hatte, wonach insbesondere zwei dieser Kaiserinnen, Lü Hou (Han Dynastie) und Wu Zetian (Tang Dynastie), positiv herausgestellt werden sollten (nach China aktuell, Bd. 6, 1977, S. 939).
 - 18) Siehe dazu z. B. Herbert Franke/Rolf Trauzettel: Das chinesische Kaiserreich, Frankfurt 1968 (Fischer Weltgeschichte, Bd. 19), S. 191-197, sowie E. A. Kracke: Sung Society; Change within Tradition. In: Far Eastern Quarterly, 14 (1954/55), S. 479-488.
 - 19) Ein Überblick findet sich bei Liu, a. a. O., S. 4-7.
 - 20) Der entscheidende Text zur Begründung dieser Auffassung ist die konfuzianische Schrift Da Xue, die spätestens im zweiten vorchristlichen Jahrhundert entstanden ist.
 - 21) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung von J. C. Ferguson: Political Parties of the Northern Sung Dynasty. In: Journal of the North China Branch of the Royal Asiatic Society, 58 (1927), S. 36-56; ferner Liu, a. a. O., S. 62-70.
 - 22) Man kann allerdings von einer Konstante ausgehen, nämlich daß auch der reformfreudigste Kaiser nur so weit gehen konnte, wie durch Reformen nicht die eigene Herrschaft bedroht wurde. Im Falle Kaiser Shen Zongs hatte u. a. die Behauptung der Konservativen, daß einige der Reformen Wangs zu Unruhen unter der Bevölkerung führen würden, den Rücktritt Wang Anshis und Einschränkungen der Reformen zur Folge (Liu, a. a. O., S. 92 f.).
 - 23) Wolfgang Bartke: Das Schicksal der chinesischen Führung aus der Zeit vor der Kulturrevolution. In: China aktuell, Bd. 7 (Januar 1979), S. 871-875.
 - 24) Es spricht einiges dafür, daß beim "Fall Lin Biao" weniger politische Richtungskämpfe als vielmehr persönliche Machtinteressen das Entscheidende waren.
 - 25) Siehe oben Anm. 23.

- 26) Zu den Machtkämpfen am Kaiserhof siehe Immanuel C. Y. Hsü: *The Rise of Modern China*. New York/Toronto 1975², S. 377-383.
- 27) Eine detaillierte Analyse der soziokulturellen Rahmenbedingungen der Modernisierung in China im 19. und 20. Jahrhundert bietet Rolf Trauzettel: *Probleme der Modernisierung in Ostasien*. In: *Saeculum*, 26 (1975), S. 191-204. Siehe auch Frank Wen-hui Tsai: *Essays on the Study of Chinese Modernization*. Taipei 1976 (*Asian Folklore and Social Life Monographs*, vol. 92).
- 28) Im Unterschied zu früheren Aufstandsbewegungen ging es den Taiping nicht nur um eine Beseitigung der bestehenden Dynastie, sondern um eine Beseitigung des gesamten traditionellen konfuzianischen Staatswesens. Die Niederschlagung des Aufstandes lag deshalb im Interesse nicht nur der Mandschu-Dynastie, sondern auch der chinesischen Oberschicht. Das erklärt, weshalb Chinesen dazu beitrugen, die Fremddynastie der Mandschuren zu retten.
- 29) Siehe dazu vor allem: Albert Feuerwerker: *China's Early Industrialization. Sheng Hsuan-huai (1844-1916) and Mandarin Enterprise*. Cambridge, Mass. 1958; ferner Hsü, a. a. O., S. 350-360.
- 30) Dazu ausführlich: Mary C. Wright: *The Last Stand of Chinese Conservatism. The T'ung-Chih Restauration, 1862-1874*. Stanford 1957 (korrigierter Nachdruck 1974).
- 31) Die Formulierung wurde schon 1844 von Wei Yuan im Vorwort zu seinem *Hai Guo Tu Zhi*, einer Abhandlung über die westlichen Staaten, geprägt (nach Hsü, a. a. O., S. 341 f.).
- 32) Hsü (a. a. O., S. 349) zitiert aus einer Eingabe des erkonservativen Großsekretärs Woren, deren Anfang lautet: "Your slave (i. e. servant) has learned that the way to establish a nation is to lay emphasis on propriety and righteousness, not on power and plotting. The fundamental effort lies in the minds of people, not in techniques." Die gleichen Argumente könnten auch von den konservativen Gegnern Wang Anshis stammen. Der letzte Satz könnte aber auch genausogut von Vertretern der radikalen kulturevolutionären Gruppe formuliert sein.
- 33) Nach dem Mißerfolg der Aktion "Großer Sprung nach vorn" (1958) traten zum ersten Mal unmißverständliche Anzeichen von Richtungsauseinandersetzungen innerhalb der chinesischen Führung nach außen. Auf der Lushan Konferenz des ZK im August 1959 wurde Kritik an Maos wirtschaftspolitischem Kurs geübt. Dabei trat besonders Verteidigungsminister Peng Dehuai hervor, der kurz darauf seiner Ämter enthoben wurde. Peng Dehuai starb 1974 und wurde am 24. Dezember 1978 posthum rehabilitiert, wobei Deng Xiaoping die nachgeholtete Trauerrede hielt (Peking Rundschau, 31. Dezember 1978, S. 3 f.).

- 34) Es ist zu beachten, daß die Reformpolitiker des klassischen China gemeinhin als "progressiv", die konfuzianischen Ideologen als "konservativ" eingestuft werden. Im heutigen China gelten die Ideologen normalerweise als "links" und damit nach gängiger Assoziation "progressiv", die pragmatischen Reformer entsprechen als "rechts" und damit "konservativ".
- 35) Vgl. dazu die detaillierte Darstellung von Oskar Weggel: Formen der innerparteilichen Auseinandersetzung in der VR China. In: China aktuell, Mai 1977, S. 263-274.
- 36) Einige westliche Beobachter glauben Anzeichen für eine Rivalität zwischen Hua Guofeng und Deng Xiaoping feststellen zu können. Vgl. Jean Daubier: M. Deng Xiaoping et les luttes d'influence à Pékin. In: Le Monde diplomatique, April 1979, S. 16; siehe auch den gleichen Autor in Le Monde diplomatique, Dezember 1978, S. 1, sowie Newsweek, 23. April 1979, S. 7 ("Talk of a China Purge").
- 37) Von den 36 Millionen Parteimitgliedern trat etwa die Hälfte erst nach Beginn der Kulturrevolution der Partei bei (Beijing Rundschau, 13. Februar 1979, S. 6).
- 38) "Positiv" ist hier keine politische Wertung, sondern eine Bewertung der Funktionalität und Stabilität politischer Organisationen.
- 39) Deng Xiaoping in einem Interview mit amerikanischen Rundfunk- und Fernsehreportern (Beijing Rundschau, 20. Februar 1979, S. 16-19, hier: S. 17).
- 40) Für eine ausführliche Analyse der wirtschaftlichen Aspekte der Modernisierungspolitik sowie der politischen Implikationen siehe die Artikelserie "La Chine des ambitions" von Jean Daubier, Patrick Tissier und Xavier Luccioni in Le Monde diplomatique, Dezember 1978, S. 1, 14-16.
- 41) Vgl. Patrick Tissier: Les nouvelles voies du développement. In: Le Monde diplomatique, Dezember 1978, S. 14 f.
- 42) Einen Eindruck von der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik unter Übernahme von bisher als "kapitalistisch" denunzierten Methoden gibt die Rede des Präsidenten der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, Hu Qiaomu, auf einer Sitzung des Staatsrates im Juli 1978 (abgedruckt in Peking Rundschau, 14., 21. und 28. November 1978).
- 43) Völlig außer Betracht bleiben hier die militärischen Konsequenzen, die eine Modernisierung, durch die die Wirtschaftskraft Chinas die der Industrienationen erreichen soll, nach sich ziehen würde.

- 44) Es bleibt abzuwarten, welches Ausmaß die beabsichtigte Übernahme westlicher Managementmethoden annehmen wird.
- 45) In einer Bekanntmachung des Pekinger Revolutionskomitees vom 29. März 1979 heißt es unter Punkt 6: "Es ist verboten, Parolen, Wandzeitungen, Bücher, Zeitschriften und Bilder zu verbreiten, die gegen den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, die Leitung der Kommunistischen Partei, den Marxismus-Leninismus und die Maozedongideen gerichtet sind, die Staatsgeheimnisse verraten und gegen die Verfassung und die Gesetze gerichtet sind." (Beijing Rundschau, 17. April 1979, S. 5 f.).
- 46) Die Grenzlinie für Reformen ist hier im Prinzip die gleiche, die schon im kaiserlichen China bestand. Vgl. oben Anm. 22.
- 47) Das bedeutet allerdings nicht, daß das Ausmaß der Restriktionen im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich ähnliche Formen annehmen muß, wie während der letzten Jahre der Mao-Ära. Auch bei Ausschluß von "Systemveränderung" ließe sich ein erheblich vergrößerter Freiraum geistigen Schaffens verwirklichen. Siehe dazu die Übersetzung eines Artikels aus der Renmin Ribao vom 4. Januar 1979: "Zur Politik gegenüber den Intellektuellen" in Beijing Rundschau, 6. Februar 1979, S. 10-16. Der Autor "Sonderkommentator der Renmin Ribao" gibt gewöhnlich die Mehrheitsmeinung des Politbüros wieder.
- 48) Der ehemalige Staatspräsident Liu Shaoqi war das prominenteste Opfer der Kulturrevolution. Liu galt - zusammen mit dem damaligen Parteisekretär Deng Xiaoping - als Hauptverfechter der "revisionistischen" bzw. "kapitalistischen" Linie, die sich gegen die radikale Politik des Parteivorsitzenden Mao stellte. Die Rehabilitierung Lius käme einer völligen Verwerfung der Kulturrevolution gleich.